

zum ULV-Ausschuss am 06.03.2018, TOP 3

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 22.02.2018

Az. 1/14/HH 2017/ JE

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

ULV-Ausschuss am 06.03.2018, Ö

Haushalt 2017; Bericht über das Jahresergebnis 2017

Sitzungsvorlage 2017/3063

I. Sachverhalt:

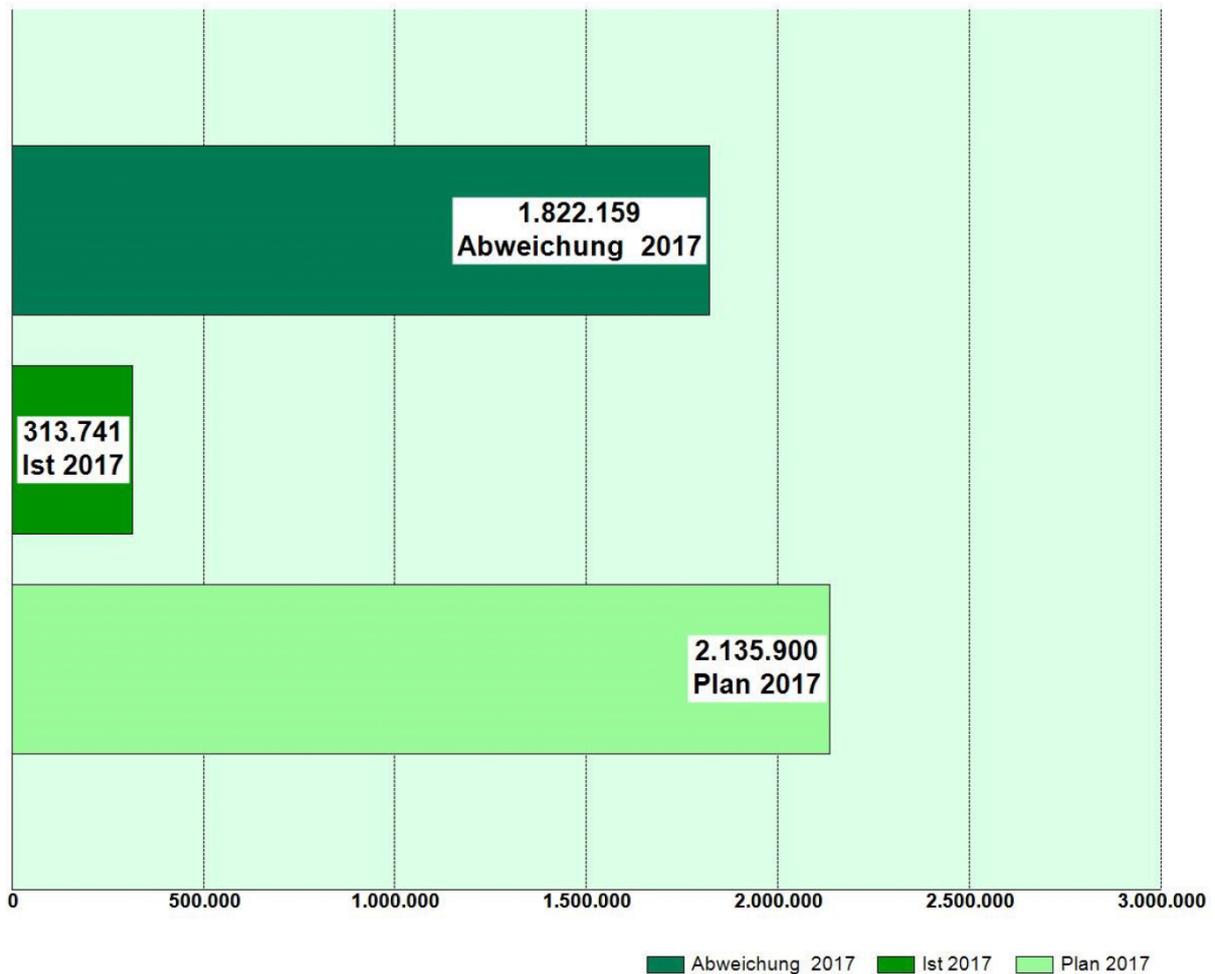
In der letzten Woche haben die Sachgebiete ihre Abschlussberichte 2017 vorgelegt. Die Abschlussberichte der Sachgebiete dienen dem Finanzbereich für das **externe** Rechnungswesen und dem zentralen Controlling für das **interne** Rechnungswesen.

Der Bereich Finanzen prüft die Einhaltung der Budgets, die vom Kreistag zur Verfügung gestellt wurden. Im zentralen Controlling werden die Berichte ausgewertet und mit den Sachgebiets- und Abteilungsleitungen im Rahmen der Controllinggespräche besprochen und analysiert. Zu den Abschlussberichten findet auch ein jährliches Gespräch beim Landrat statt.

Der Buchungsschluss war der 31.01.2018, sodass das Ergebnis des ULV bereits endgültig gewertet werden kann.

1. Gesamtüberblick (Cockpit):

1.1 Investitionen (Stand: 17.02.2018):



Der Mittelabfluss bei den Investitionen ist in den Beobachtungsjahren immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan
2006	2.510.010	959.330	-1.550.680	38,22%
2007	3.288.175	422.273	-2.865.902	12,84%
2008	3.449.420	731.773	-2.717.647	21,21%
2009	3.092.710	362.408	-2.730.302	11,72%
2010	2.794.300	1.002.262	-1.792.038	35,87%
2011	3.014.500	1.468.377	-1.546.123	48,71%
2012	1.957.700	671.673	-1.286.027	34,31%
2013	2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014	1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015	1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016	2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017	2.135.900	313.741	-1.822.159	14,69%

Mit 14,69 % ist der Erfüllungsgrad unter Berücksichtigung der Verwendung von Mitteln der Investitionspauschale für Straßenbaumaßnahmen ähnlich wie im Vorjahr sehr niedrig.

Die Investitionskostenpauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt werden, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahmen verwendet:

910-13-010	EBE13: Deckenbau Glonn – Bruck	667.426 €
910-13-021	EBE13: Glonn – Stützwand	325.000 €

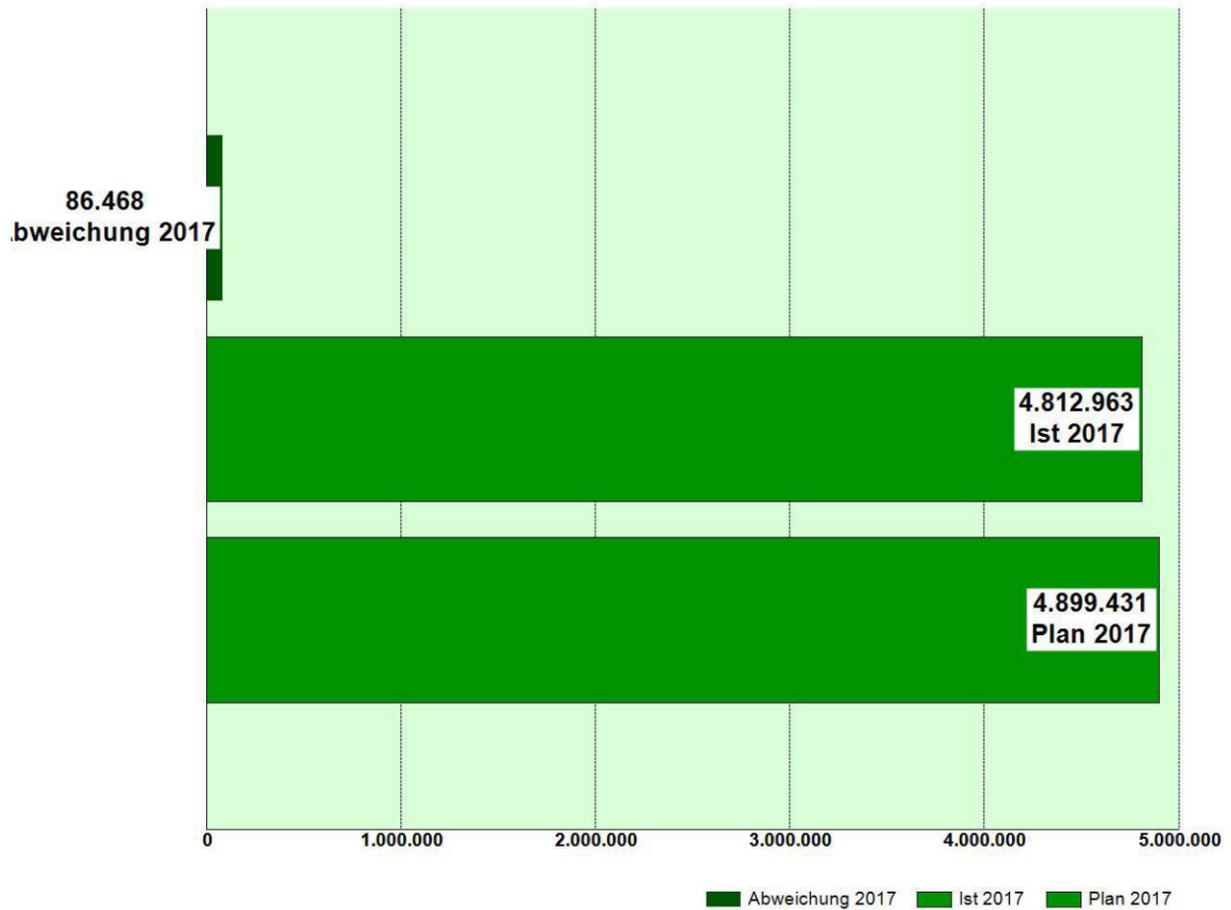
Ohne Einbezug der zur Haushaltplanung 2017 noch nicht feststehenden Verwendung dieser pauschalen Zuweisungen für Straßenbaumaßnahmen ergibt sich 2017 ein Investitionsvolumen von 1.306.173 € (Ausschöpfung des Budgets: 61,2 %)

Wesentliche Ursachen für die Abweichung beim Mittelabfluss sind – wie in jedem Jahr - die Straßenbauinvestitionen.

Die größten Planabweichungen ergaben sich beim EBE 1: OD Anzing - Schulstraße (- 125.000 €), bei der EBE 6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6- alt" (- 150.000 €) sowie bei der EBE15: Deckenbau Klubing - St 2079 (- 102.677 €).

1.2: Ergebnisrechnung (Stand: 17.02.2018):

Die nachfolgende Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW) zum Stand 17.02.2018:



Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2008	4.207.388	3.895.559	-311.829	-7,4%
2009	4.392.830	3.694.714	-698.116	-15,9%
2010	4.399.709	3.802.136	-597.573	-13,6%
2011	4.271.995	4.793.876	521.882	12,2%
2012	4.063.851	4.524.151	460.300	11,3%
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.812.963	-86.468	-1,8%

Wie schon 2016 so war auch das Ergebnis 2017 sehr treffsicher.

Hauptursächlich für das gute Ergebnis ist die Schülerbeförderung (- 170.867 €) sowie das Bauamt (-122.774 €). Demgegenüber sind in der Gesamtbetrachtung bei einigen Kostenstellen des ULV-Ausschusses auch Budgetüberschreitungen festzustellen.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird am Schluss dieses Berichtes gesondert dargestellt.

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 4.899.431 € um **86.468 € unterschritten**, das sind 1,8 %. Das Plan-Budget des ULV-Ausschusses beansprucht 9 % des kompletten Budgets der Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

2. Detaillierte Darstellung

2.1 Ergebnisrechnung (17.02.2018):

	2014	2015	2016	2017				
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %	Grund
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR)	204.471	221.059	236.321	238.083	182.958	-55.125	76,8%	
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.339.225	1.271.768	1.204.399	1.277.780	1.368.397	90.617	107,1%	1)
113 Schülerbeförderung	790.244	796.363	778.765	1.096.198	925.330	-170.868	84,4%	2)
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	-3.952	-3.734	-2.984	-3.939	61	4.000	-1,5%	
320 KfZ-Zulassungsstelle	-538.512	-549.788	-540.609	-566.912	-564.364	2.549	99,5%	
325 Führerscheinstelle	-7.128	43.736	49.188	48.192	63.351	15.160	131,5%	
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	10.835	8.356	-764	57.495	135.055	77.560	234,9%	3)
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	-20.162	-14.660	-13.618	-3.367	-4.700	-1.333	139,6%	
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	57.639	71.456	55.785	53.136	57.853	4.717	108,9%	
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	153.930	157.244	173.891	182.665	196.626	13.961	107,6%	
420 Bauamt	-138.438	5.767	148.323	153.861	31.079	-122.783	20,2%	4)
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	106.181	178.087	254.719	331.033	236.029	-95.004	71,3%	5)
450 Naturschutz, Landschaftspflege	375.121	351.909	353.623	356.093	374.993	18.899	105,3%	
910 Kreisstraßen und - unterhalt	1.467.012	1.709.475	1.848.591	1.679.113	1.810.296	131.182	107,8%	6)
SUMME	3.796.468	4.247.038	4.545.631	4.899.431	4.812.963	-86.468	1393,4%	

Die größten Nettopositionen liegen im Bereich der Kostenstellen 910 Kreisstraßenunterhalt und 112 ÖPNV/ Radwege, diesen Kostenstellen kommt deshalb besondere Bedeutung zu.

Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung

1) 112 – (ÖPNV/Fernradwege/Nachtexpress) – **Überschreitung 90.617 € bzw. 7,1 %**

Die Überschreitung des Ansatzes ergibt sich aufgrund von einer nicht geplanten Nachzahlung an den MVV für das Jahr 2015 in Höhe von 22.900 €. Demgegenüber ist eine geplante Kostenerstattung von 146.000 € ausgefallen. Im Hinblick auf die Sach- und Produktkosten waren zugleich insbesondere um rund 122.400 € geringere Zahlungen an den MVV zu verzeichnen, was unter anderem daran lag, dass geplante Fahrplanänderungen nicht komplett

umgesetzt werden konnten. Auch Ausgaben für die Einführung des Integrationssystems für Echtzeitdaten (ISE) und Handy-Ticket wurden nicht in der angekündigten Höhe abgerufen.

2) 113 - (Schülerbeförderung) – Unterschreitung 170.868 € bzw. 15,6 %

Die Planunterschreitung ergibt sich u.a. durch die Darstellung der Kostenerstattungen bzw. Amtshilfe als Erträge von den kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis, die nicht geplant waren. Zudem wurden für die Schülerbeförderung rund 40.000 € mehr an pauschalen Zuweisungen gewährt. Ebenso ergaben sich höhere Erträge bei der Eigenbeteiligung des Landkreises (-10.250 €).

3) 330 – Öffentliche Sicherheit, Gemeinden – Überschreitung 77.560 € bzw. 132 %

Obwohl die ordentlichen Erträge durch erhebliche Steigerungen im Bereich des überlassenen Kostenaufkommens (gestiegene Fallzahlen) um fast 89.000 € über dem Ansatz verbucht werden konnten, reichte das Budget wegen der Überschreitung bei den Personalaufwendungen um über 113.000 € nicht aus. Drei Staatsbeamte wurden durch Kreispersonal ersetzt, d.h., fiktive Personalkosten (Staatspersonal wird vom Freistaat Bayern bezahlt) wurden durch „echte“ Personalkosten im Kreishaushalt ersetzt. Darüber hinaus erfolgten zahlreiche Niederschlagungen zur Forderungsbereinigung, dadurch lagen die Aufwendungen um 20.000 € über dem Plan.

4) 420 – Bauamt – Unterschreitung 122.782 €

Die Zahl der Baugenehmigungen ging von 838 (2016) auf 819 (2017) zurück. Die Genehmigung von Sonderbauten stieg dagegen von 65 auf 85. Die Erträge lagen dennoch deutlich über dem Ansatz, dies ist einzelfallbedingt. Der Kostendeckungsgrad ist gegenüber dem Vorjahr erfreulich angestiegen von 67 % auf 79 % im Jahr 2017.

5) 440 – Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutzrecht – Unterschreitung 95.004 € bzw. 28,7 %

Die Unterschreitung des Budget ist in erster Linie auf die Unterschreitung bei den Personalkosten (- 116.675 €) zurückzuführen. Insbesondere im rechtlichen Immissionsschutz konnten aufgrund von Personalwechseln Stellen zeitweise nicht besetzt werden.

6) 910 – Kreisstraßen und -unterhalt – Überschreitung 131.182 € bzw. 7,8 %

Die Überschreitung ergibt sich hauptsächlich durch höhere Unterhaltungsmaßnahmen von Straßen und Wegen (+ 43.547 €) sowie für Erstattungen an das Land für höhere Verwaltungskosten der Kreisstraßen durch das Straßenbauamt Rosenheim (+ 102.959 €). Die zur Haushaltsplanung 2017 zur Anpassung an den Eckwert angesetzte Pauschalkürzung von 104.000 € konnte annähernd durch Mehrerträge bei den Auflösungen von Sonderposten für staatliche Zuweisungen, durch Kostenerstattungen für die Ablöse der EBE 09 OD Grafing (+ 30.231 €) sowie außerordentliche Erträge aus Schadensersatz für Kreisstraßen (+11.556) kompensiert werden.

Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger:

Es werden insgesamt knapp 80 Kostenträger bewirtschaftet. Nachfolgend die Landkreisaufgaben:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
1123 MVV Busverkehr im Landkreis (ÖPNV)	1.168.369	1.102.141	1.148.760	1.312.650	1.313.397	747	0,1%
1128 Schülerbeförderung	761.446	723.702	700.942	1.100.880	862.688	-238.192	-21,6%
405 Landschaftspflegeverband	57.639	71.456	55.785	53.136	57.853	4.717	8,9%
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	204.471	221.059	236.321	238.083	182.958	-55.125	-23,2%
Summe	3.360.294	3.220.499	3.290.568	4.017.399	3.730.293	-287.106	-35,8%
%-Anteil dieser KTR am Teilbudget	88,5 %	75,8 %	72,4 %	82,0 %	77,5 %	332,0 %	2028,3 %

Bei der Schülerbeförderung ergaben sich im Jahr 2017 nicht geplante Erträge aus der Leistung von Amtshilfe für kreisangehörige Gemeinden sowie dem Landkreis Rosenheim.

Die Budgetunterschreitung im Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement i.H.v. 55.144 € ist in erster Linie auf einen Zuschuss für ein Elektromobilitätskonzept vom Bund zurückzuführen, der aufgrund der rechtlichen Zusage im Haushaltsjahr 2017 ertragsmäßig zu verbuchen war. Zudem fielen geringere Ausgaben als geplant für Printmedien, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen an, was darauf zurückzuführen ist, dass die für 2017 vorgesehene Regionalkonferenz auf 2018 verschoben wurde.

Insgesamt ist der Bereich des ULV-Ausschusses stark von den Aufgaben des staatlichen Landratsamtes geprägt, eine aufgabenbezogene Steuerbarkeit existiert für den Landkreis nicht. Steuerbar ist aber die Qualität der Aufgabenerfüllung, insbesondere der Personaleinsatz.

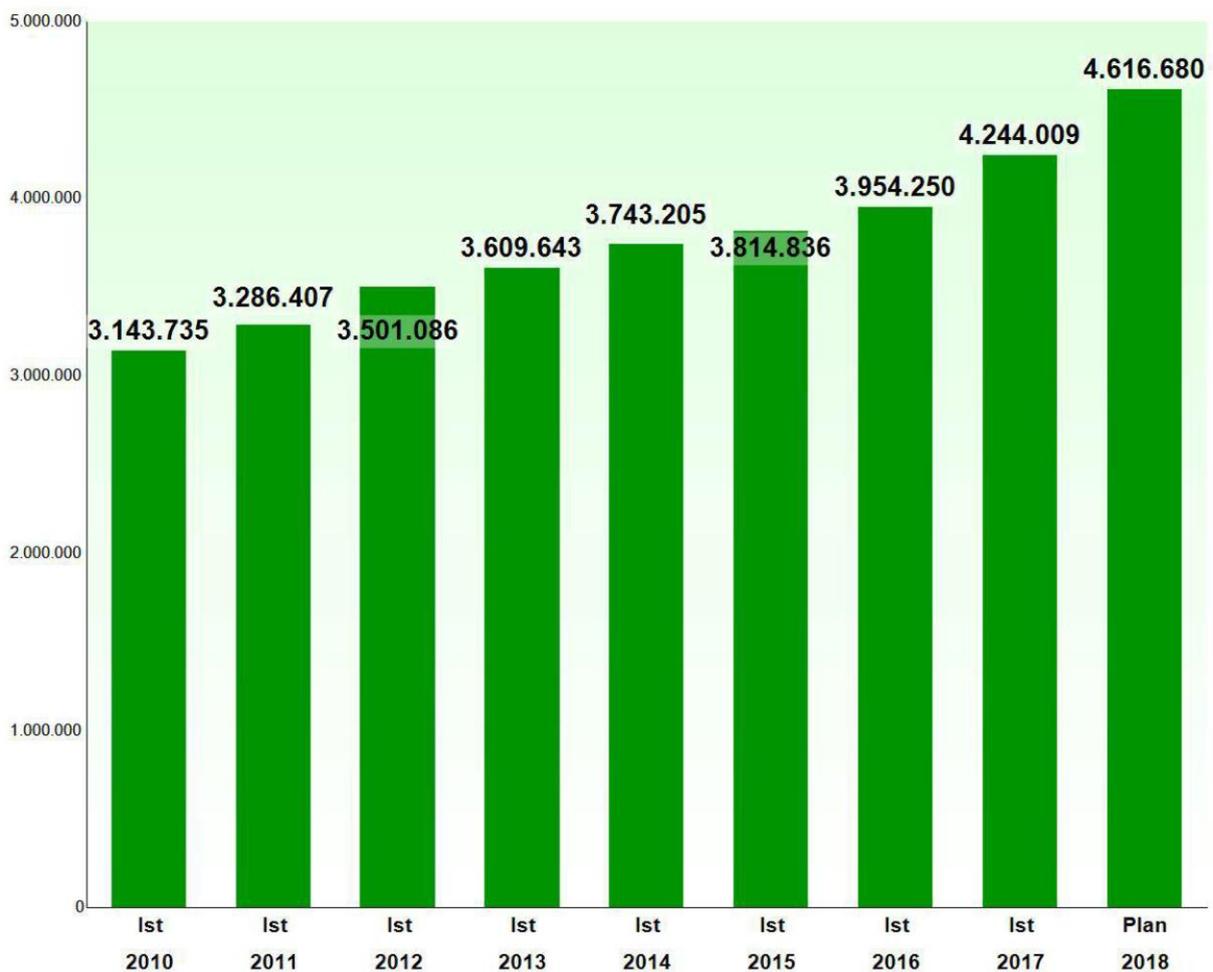
Es wird beobachtet, dass der Anteil der Kreisaufgaben am Teilbudget zurückgeht zu Lasten der staatlichen Aufgaben. Dieses Thema wird im Innovationsring des Bayerischen Landkreistages begleitet. Untersuchungen bestätigen, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolgt. Das **jährliche** Defizit des Landkreises Ebersberg beträgt in den Jahren 2012 bis 2015 jährlich zwischen 3,7 Mio. € und 4,3 Mio. €. Dieses Bild zeigt sich in ganz Bayern, aus jedem Regierungsbezirk haben Landratsämter diese Berechnungen durchgeführt.

	Lkr. Ebersberg		Oberbayern		
	Fläche	Einwohner	Umlagekraft		
	549 km²	137.421	149.375.694 €		
	Erg. 2012	Erg. 2013	Erg. 2014	Erg. 2015	Erg. 2016
Personalkostenanteil	8.399.505 €	8.771.494 €	9.103.242 €	8.004.901 €	8.274.367 €
Sachkosten	2.224.587 €	2.423.865 €	2.335.579 €	2.573.931 €	2.454.915 €
Produktkosten					
Gemeinkostenumlage	1.338.510 €	2.624.778 €	2.883.914 €	2.608.876 €	2.389.698 €
Vollkosten nach KLR	11.962.602 €	13.820.137 €	14.322.735 €	13.187.708 €	13.118.980 €
Finanzielle Beteiligung Staat	8.230.666 €	9.480.358 €	10.370.340 €	10.733.287 €	10.787.095 €
Kostenunterdeckung	3.731.936 €	4.339.779 €	3.952.395 €	2.454.421 €	2.331.885 €
	31,2%	31,4%	27,6%	18,6%	17,8%

Der Bayerische Innovationsring begleitet das Thema weiter.

Ein Blick auf die Personalkosten:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
Summe Personalaufwendungen	3.743.205	3.814.836	3.954.250	4.237.980	4.244.009	6.029	0,1%



Das Teilbudget endet bei den Personalkosten im Haushaltsjahr 2017 mit einer Abweichung von 0,1 %, was wie in den vergangenen Jahren die hohe Planungskompetenz der Akteure bestätigt.

Der Steuerung des Personaleinsatzes kommt in diesem Bereich besonders hohe Bedeutung zu. Dies gelingt durch die Vergleiche der Fallzahlen mit dem Personaleinsatz innerhalb der 80 Kostenträger.

2.2 Investitionen

2.2.1 Investitionen der Sachgebiete:

	Plan	Ist	Abweichung
	2017	2017	2017
320 KfZ-Zulassungsstelle	17.500	1.546	-15.954
325 Führerscheinstelle		673	673
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	800	1.980	1.180
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	11.000	207	-10.793
420 Bauamt	8.600		-8.600
450 Naturschutz, Landschaftspflege	9.000	2.159	-6.841
SUMME	46.900	6.566	-40.334

Die Investitionen der Sachgebiete spielen kaum eine Rolle. Von den insgesamt geplanten Investitionen der Sachgebiete in Höhe von 46.900 € wurden nur 6.572 € bzw. 14 % in Anspruch genommen. Von den ursprünglich geplanten Investitionen für Hard- und Softwareausstattung in der Kfz-Zulassungsstelle wurden nur 1.547 € für die Beschaffung von Scannern ausgeschöpft. Die Überschreitung der geplanten Investitionen im Veterinäramt geht in erster Linie auf die Anschaffung eines Notebooks für die Verwendung bei Außendiensten bzw. im Zuge eines Heimarbeitsplatzes zurück. Bei der Kostenstelle 410 wurde eine für 2017 geplante Softwareanschaffung nicht realisiert.

2.2.2 Investitionen bei den Straßen:

Anmerkung: Rückstellungen bzw. Übertragungen von Haushaltsmitteln für Straßenbaumaßnahmen werden nicht gebildet, es gilt das Prinzip der Neuveranschlagung. Darüber hinaus schreibt die Finanzleitlinie vor, Mittel für Grunderwerb zu Straßenbauvorhaben erst dann zu veranschlagen, wenn sie konkret realisiert werden können. Vorsorgeansätze soll es nicht geben.

Trotz dieser Regelungen ist es im Bereich des Kreisstraßenbaus bisher nicht gelungen, eine höhere Planungsgenauigkeit umzusetzen, von der Planung sind insgesamt in der Nettobetrachtung nur 14,69 % abgeflossen (313.747 € von 2.135.900 € Planung).

Zu jeder Investitionsnummer werden die Nettoausgaben des Landkreises kumuliert dargestellt (Zeitpunkt ab Anlage der Investitionsnummer). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Straßeninvestitionen kumuliert bis 31.12.2017. Es ist auch angegeben, ob die Maßnahme baulich abgeschlossen ist.

	Plan	Ist	Abweichung	Ist kumuliert über alle Jahre bis Stichtag	Baulich (B) abgeschlossen (A)
	2017	2017	2017	2017	
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	60.000	14.447	-45.553	402.356	Pauschalansatz
910-0004 Sommerdienst: Absaug-, Randstreifenmähgeräte	18.000	0	-18.000	9.590	verschoben `18
910-0006 Stramotfahrzeuge u.Mannschaftsfahrzeuge	0	7.448	7.448	352.050	A
910-0007 Lichtsignalanlagen	15.000	0	-15.000	164.493	Pauschalansatz
910-0010 'Nachaktivierte Straßengrundstücke 2008	0	4.333	4.333	4.333	A
910-0011 Betriebsvorrichtungen	4.000	0	-4.000	67.734	verschoben `18
910-01-010 EBE 1: Pumpenhaus Poing	17.000	19.653	2.653	60.549	B A
910-01-011 EBE 1: OD Anzing - Schulstraße	125.000	0	-125.000	0	kein Bau, nur fin. Ausgleich
910-04-007 EBE4: Beleuchtung in der Unterführung A99	50.000	0	-50.000	36.296	A
910-06-003 EBE 6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6- alt"	150.000	0	-150.000	0	
910-08-004 EBE 8: Umbau der Kreuzung /St2089	80.000	0	-80.000	-8.149	
910-08-007 EBE 8:Ausbau Nettelkofen b. Seeschneider-Kreuzung	80.000	10.379	-69.621	10.513	
910-09-007 EBE 9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach	10.000	0	-10.000	0	
910-12-003 EBE12:Brückensanierung Moosach	50.000	0	-50.000	0	wird nicht ausgeführt
910-13-010 EBE13: Deckenbau Glonn – Bruck	820.000	186.918	-633.082	186.918	B A
910-13-021 EBE13: Glonn - Stützwand	0	432	432	5.932	B A
910-14-007 EBE14: Straßenentwässerung OD Kastensee	150.000	0	-150.000	12.670	
910-14-010 EBE14: Fahrbahnabsenkung a.d. Wiesmühlstr.	25.000	0	-25.000	0	verschoben `18
910-14-011 EBE14: Deckenbau Östl. Egmatting	40.000	0	-40.000	0	A
910-14-012 EBE14: Deckenbau Egmatting - Neuorthofen	50.000	27.163	-22.837	196.163	A
910-15-003 EBE15:Deckenbau Klubing - St 2079	145.000	42.323	-102.677	104.323	A
910-15-004 EBE15:Deckenbau Antholing - LKR. Grenze	80.000	0	-80.000	0	A
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze	65.000	20	-64.980	60.246	
910-18-006 EBE18:Pumpenhaus Markt Schwaben	25.000	0	-25.000	0	verschoben `18
910-20-006 EBE20: Nachrüstung Bahnübergang Tulling	0	-5.943	-5.943	100.957	A°
910-20-010 EBE20:G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	30.000	0	-30.000	0	
SUMME	2.089.000	307.176	-1.781.824	8.720.673	

Von den Kreisgremien genehmigungspflichtige Sachverhalte wurden nicht ausgelöst.

Einige der geplanten Investitionen konnten 2017 nicht realisiert werden, da der notwendige Grunderwerb hierfür noch nicht abgeschlossen ist.

Für die Investitionsmaßnahme 910-13-010 EBE13: Deckenbau Glonn – Bruck waren für das Jahr 2017 Mittel in Höhe von 820.000 € eingeplant. Der tatsächliche Mittelbedarf für die Durchführung der Deckenbaumaßnahmen betrug 854.344 €. In der Nettobetrachtung der Investition ergibt sich allerdings nur eine Ausschöpfung von 186.918 €, da zur Finanzierung Mittel i.H.v. 667.426 € aus der vom Freistaat Bayern für Investitionsmaßnahmen des Landkreises gewährten Investitionspauschale verwendet wurden.

Weitere Mittel der Investitionspauschale wurden für die Maßnahme 910-13-021 EBE13: Glonn – Stützwand in Höhe von 325.000 € verwendet. Für die nicht geplante Maßnahme wurde im Jahr 2017 insgesamt 325.432 € investiert.

3. Kommunale Abfallwirtschaft (075)

Die Kommunale Abfallwirtschaft wurde am 01.01.2008 in den Landkreis als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

3.1 Gesamtergebnis 2017 (Stand 19.02.2018):

	Plan	Ist	Abweichung
720 Kommunale Abfallwirtschaft	927.965	401.594	-526.371
SUMME	927.965	401.594	-526.371

Geplant war 2017 ein negatives Ergebnis in Höhe von 927.965 €, tatsächlich weist die Kommunale Abfallwirtschaft zum Jahresende ein negatives Ergebnis von 401.594 € aus. Damit fiel das Ergebnis um 526.371 € besser aus als geplant.

Die Gebührenaussgleichsrückstellung ist derzeit mit 1.357.316 € bilanziell ausgewiesen (Stand: 31.12.2017). Der im Jahr 2017 erwirtschaftete Fehlbetrag wurde noch nicht durch die vorhandene Gebührenaussgleichsrücklage ausgeglichen. Die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen betragen zum 31.12.2017 insgesamt 6.160.067 €. An liquiden Mitteln aus der Gebührenaussgleichsrücklage sowie den Umweltrückstellungen verfügt die Abfallwirtschaft zum 31.12.2017 insgesamt über 7.517.383 €.

3.2 Investitionen

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es folgende Investitionstätigkeit:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2009		69.501	69.501	
2010		5.618	5.618	
2011	303.000	202.097	-100.903	-33,3%
2012	33.000	67.913	34.913	105,8%
2013	95.500	31.229	-64.271	-67,3%
2014	399.700	170.350	-229.350	-57,4%
2015	484.100	182.425	-301.675	-62,3%
2016	289.000	42.136	-246.864	-85,4%
2017	441.000	65.633	-375.367	-85,1%

Die Investitionen im Einzelnen:

	2017		
	Plan	Ist	Verfügbar
720-00010 Investitionen Garagengebäude	10.000	47.600	-37.600
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	50.000		50.000
720-00012 Sickerwasser Schaltschrank	14.000		14.000
720-00017 Pumpen	8.000		8.000
720-00022 Umladestation - Buchten	40.000		40.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage: SPERRVERMERK	150.000		150.000
720-00027 Landkreis PPK-Container	5.000	3.389	1.611
720-00028 Sonst. BGA Deponienachsorge		6.861	-6.861
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	4.000	2.034	1.966
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	160.000	5.749	154.251
SUMME	441.000	65.630	375.370

Die erforderlichen über-/ außerplanmäßigen Genehmigungen wurden erteilt. Der Carport wurde nicht ausgeführt und hat auch 2017 einen Ausführungsvorbehalt, d.h., der ULV-Ausschuss muss vor der Erteilung von Aufträgen entscheiden, ob die Maßnahme ausgeführt werden soll.

Eine Überschreitung in Höhe von 37.600 € trat bei der Investitionsnummer 720-00010 Investitionen Garagengebäude für eine Zwischenbühne für das Garagengebäude ein. Zudem war eine außerplanmäßige Investition i.H.v. 6.861 € für ein Gasmessgerät erforderlich.

Insgesamt wurden im Bereich der Kommunalen Abfallwirtschaft 65.630 € an Investitionen getätigt, das entspricht einem Ausschöpfungsgrad der geplanten Investitionen von 14,8 %.

3.3 Die Kostenträger in der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW)

Nachfolgend ist eine Übersicht über die Entwicklung der Kostenträger der kommunalen Abfallwirtschaft dargestellt:

	2014	2015	2016	2017			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	0	-54.732	-148.104		143.262	143.262	
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	-101.315	-541.035	76.203	329.776	14.615	-315.161	-96%
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	-13.087	-76.165	-10.546	-13.500	44.413	57.913	-429%
7283 KAW: Problemabfall	72.845	76.345	78.077	85.178	86.795	1.617	2%
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	-17.306	793.497	31.148	59.000	-883.694	-942.694	-1598%
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	903.436	841.620	885.592	1.000.000	907.593	-92.407	-9%
7286 KAW: Asbest	-5.392	4.283	13.288	-50	-23.310	-23.260	46521%
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	-13.018	18.737	-16.414	700	-28.927	-29.627	-4232%
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	-788	28.416	-1.491	7.500	-37.425	-44.925	-599%
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-84.659	-90.948	-219.653	-168.350	-290.639	-122.289	73%
7290 KAW: Deponienachsorge	-46.318	77.030	-55.331	102.650	44.707	-57.943	-56%
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-965.972	-973.986	-1.477.572	-1.547.565	-1.500.166	47.399	-3%
7292 KAW: Kunststoffeffassung		9.434	-432	13.100	-13.438	-26.538	-203%
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten		68.636	5.588	40.000	13.786	-26.214	-66%
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)				-950	22.072	23.022	-2423%
Summe	-41.556	-595.587	-4.370	401.454	289.085	-112.369	-523%

3.4 Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft

Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist als gut zu bezeichnen. 2012 wurden die Gebühren neu kalkuliert und in der Folge gesenkt. Ziel war es, die Gebührenaussgleichsrückstellung zu reduzieren. Die Rückstellungen sichern die Rekultivierungsverpflichtungen derzeit vollständig ab. Darüber hinaus verfügt die Abfallwirtschaft aktuell über eine Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 1.357.316 € (Stand 31.12.2017).

2017 erfolgte eine neue Gebührenkalkulation für die Jahre 2017 bis einschließlich 2020.

4. Steuerungsmöglichkeiten

Der Bereich Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises in einem Planvolumen von gut 230.000 € jährlich. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen, in diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades oder Änderungen in der Linienführung reduziert werden.

Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 46,8 % (2015) gesteigert werden konnte.

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung, die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen.

5. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht Kreistag)

Keine Kostenstelle hat das Nettobudget um mehr als 200.000 € überschritten. Eine Genehmigungspflicht des Kreistages ist in diesem Bereich nicht entstanden. Die Kostenstelle 910 (Kreisstraßen und –unterhalt) wurde um 131.182 € überschritten, dies ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

Keine Investition wurde um mehr als 200.000 € überschritten. Auch in diesem Bereich ist keine Genehmigungspflicht des Kreistags entstanden.

6. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist		Ist	Plan	Veränderung Ist 2016 zu vorl. Ist 2017	Veränderung vorl. Ist 2017 zu Plan 2018	
2014	2015	2016	2017			2018
3.796.468	4.247.038	4.545.631	4.812.963	5.379.686	267.332	566.723

Der Planansatz 2018 wurde mit 566.723 € über den Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 veranschlagt und liegt damit durchaus auf der eher sicheren Seite. Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich.

Auswirkung auf Haushalt:

Das Budget des ULV-Ausschusses 2017 wurde gegenüber dem Planansatz um **86.468 € unterschritten**, das sind 1,8 %. Die Investitionen wurden um **1.822.159 € unterschritten**, das sind 85 %, geplant waren 2.135.900 €.

Der Bericht über den Jahresabschluss 2017 wird zur Kenntnis genommen. 2017 gibt es einen genehmigungspflichtigen Sachverhalt im ULV-Ausschuss.

II. Beschlussvorschlag:

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 910 (Kreisstraßen und – unterhalt) in Höhe von 131.182 € wird genehmigt.**
- 2. Der Jahresabschluss des ULV-Ausschusses wird als Teil des Jahresabschlusses 2017 beschlossen.**

gez.

Brigitte Keller